

Pressemitteilung

Kitarecht gut umsetzen statt Kitapflicht diskutieren!

Berlin, 7. August 2013

In einem Gastkommentar des Tagesspiegels fordert der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion eine allgemeine Kitapflicht für alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr. So nachvollziehbar sein Anliegen auch ist – das angestrebte Mittel ist das falsche!

Der Paritätische fordert stattdessen, zunächst alles zu unternehmen, was notwendig ist, um allen Kindern ab dem 3. Lebensjahr einen Kitabesuch ohne Hürden zu ermöglichen.

Erstes Ziel muss sein, allen Kindern einen Platz anbieten zu können! Berlin hat es in den Jahren seit 2006 durch Werbung und Überzeugung der Eltern geschafft, den Kitabesuch von 3-6-jährigen Kindern von 86 auf 96 Prozent zu steigern. Damit hat die Realität die Planung überholt: Das Kita-Ausbauprogramm des Landes geht noch von einer Versorgungsquote für diese Altersgruppe von 95 Prozent aus. Diese Planvorgabe blockiert jetzt den Ausbau und muss auf 100 Prozent korrigiert werden. Hier wäre es wichtig, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD mal ein ernstes Wort mit dem Finanzsenator spricht!

Die Grundhaltung, Eltern zu ihrem Glück zu zwingen, geht an der Praxis vorbei und ist kontraproduktiv! Richtig ist, dass die Sprachfähigkeit der Schulanfänger umso besser ist, je länger sie vorher die Kita besucht haben – dies belegen die Einschulungsuntersuchungen. Aber – Schwierigkeiten und Probleme, die die Kinder aufgrund der sozialen Situation und dem Bildungsstatus ihrer Familien haben, können die Kitas nicht allein ohne die Eltern auffangen! Die Kitas müssen mit den Familien zusammenarbeiten – dies kann nur auf vertrauensvoller und wertschätzender Grundlage gelingen – eine Kita-Pflicht gefährdet das!

Weiterer Ausbau von Kitas zu Familienzentren erforderlich – 24 sind zu wenig! Das Land Berlin hat den Auf- und Ausbau von Kitas zu Familienzentren beschlossen, um Eltern und Familien frühzeitig zu erreichen und neben den Kindern in der Kita auch die Familien zu fördern und zu unterstützen. Leider ist von dem im letzten Jahr noch geplanten weiteren Ausbau dieser Familienzentren im Haushaltsentwurf des Senates nur die Weiterführung der im letzten Jahr gegründeten 24 Projekte geblieben – mehr wird es danach nicht geben – für fast 200.000 Kinder und ihre Eltern.

Hürden zum Kitaplatz abbauen! Das komplizierte und lange Anmeldeformular, die durch Überlastung angeordneten Schließzeiten von Kitagutscheinstellen, der in einigen Stadtteilen durch Platzmangel entstehende Hürdenlauf bei der Kitaplatzsuche – dies sind Aufgaben, um die Politik sich kümmern muss, bevor sie durch die Diskussion um eine allgemeine Kitapflicht alle Eltern unter den Generalverdacht stellt, sich nicht um die Zukunft ihrer Kinder zu kümmern.

Kitapflicht bedeutet, dass das Land verpflichtet ist, allen Kindern einen guten und leicht erreichbaren Kitaplatz anzubieten! Hieran sollte die SPD weiterarbeiten.

V.i.S.d.P.: Elfi Witten, Pressesprecherin Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin,

M: 01723438881, Nachfragen an: Martin Hoyer, Referat Kita, Tel.: 030-86001-161